

## Regierungsumbildung in Mazedonien

Nachdem der Vizepremier für Europafragen Bocevski zu Beginn des Monats überraschend zurückgetreten war, nutzte Premier Gruevski eine Woche später die Nominierung seines Nachfolgers zu einer unerwarteten Regierungsumbildung. Die Spekulationen über den Rücktritt Bocevskis und das Auswechseln vier weiterer Minister sind mittlerweile durch die im Land mit Euphorie aufgenommene Empfehlung zur Visaliberalisierung verdrängt worden. Weiterhin offen bleibt eine baldige Einigung im Namensstreit mit Griechenland und – damit verbunden – eine Empfehlung zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Herbst.

### Hintergründe der Regierungsumbildung

Offensichtlich führten divergierende Meinungen über Tempo und Modus der EU-Annäherung Mazedoniens zu einem Zerwürfnis Vizepremier Bocevskis mit dem Ministerpräsidenten. Bocevski wurde zwar in Brüssel aufgrund seiner Eloquenz und seines Enthusiasmus über die EU-Integration seines Landes geschätzt. Doch hatte der parteiunabhängige Vizepremier in Skopje offenbar wenig Einfluss auf die überwiegend parteiintern getroffenen Entscheidungen der VMRO-DPMNE-dominierten Regierung. Die aus der Partei kommende kontroverse Politik der „Antikisierung“ des Landes – der Benennung von öffentlichen Einrichtungen nach bzw. der Bau von Monumenten an Alexander den Großen oder dessen Vater Philipp II. – erschwerte Bocevskis Bemühungen zur raschen Integration. Diese Entwicklungen, so spekulierte die Öffentlichkeit, bildeten die Ursache für den plötzlichen Rücktritt.

Offenkundig nutzte der Premier diesen als Auslöser für eine bereits länger erwartete Regierungsumbildung. So wurden am 10. Juli die Landwirtschafts-, Bildungs- und überraschend der Finanzminister abgelöst; darüber hinaus wurde auch der zweite Vizepremier-Posten (für ausländische Investitionen) neu besetzt. Das Auswechseln der Landwirtschafts- und Bildungsminister sehen Beobachter mit deren unbefriedigenden Krisenmanagement im Zusammenhang einerseits mit dem Bankrott eines großen Milchinvestors, andererseits mit dem Scheitern einer Bildungsreform und der Einführung von Religionsunterricht an Schulen vor dem Verfassungsgericht. Doch überrascht die Absetzung des soliden, Gruevski nahe stehenden Finanzministers Slaveski. Diese wird in Zusammenhang mit seinen öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Notenbankchef über die mazedonische Geldpolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise gesehen, sowie mit seinen wiederholten Forderungen nach einer Haushaltsumstrukturierung. Letztere liefen offenbar konträr zu den Vorstellungen des Premiers – der selber einmal Finanzminister gewesen war.

### Neue Gesichter im Kabinett: Europa als Priorität

Nachfolger von Slaveski wird der bisherige, kompetente Vizepremier für ausländische Investitionen Stavreski, ein alter Vertrauter Gruevskis und ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank. Dessen Amtsstuhl wird der Direktor des nationalen Hilffonds zur Förderung der Kleinunternehmer Peseski einnehmen. Neuer Vizepremier für Europafragen wird Vasko Naumovski, einer der landesweit führenden Politologen zu Europafragen (und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## MAZEDONIEN

HENRI BOHNET

16. Juli 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/mazedonien](http://www.kas.de/mazedonien)

Altstipendiat der KAS) von der New York University Skopje.

Ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen ist Priorität für Naumovski: „Mazedonien hat die Chance zur Aufnahme der Verhandlungen (in diesem Herbst) noch nicht verpasst; wir werden alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um diese zu verwirklichen. [...] Wir haben die volle Unterstützung von allen Institutionen.“<sup>1</sup> Dabei ist die gestern von der EU-Kommission ausgesprochene Empfehlung zur Aufhebung der Visumpflicht für mazedonische Staatsbürger ein deutliches Signal für die Regierung in Skopje, ihre Bemühungen noch über die Sommermonate hinweg zu intensivieren.

### Ein Datum für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen?

Denn weiterhin existieren erhebliche Defizite in den Bereichen Verwaltungs- und Polizeireform, Parteifinanzierung und Rechtsstaat. Mazedonien ist zwar „in der letzten Phase zur Erfüllung der Benchmarks“<sup>2</sup>, doch ist die Zeit knapp bis zum nächsten EU-Fortschrittsbericht Anfang Oktober. Um die noch ausstehenden Reformen durchzuführen und die entscheidenden Gesetze zu verabschieden wird nicht nur die konzentrierte und kontinuierliche Arbeit der umgebildeten Regierung und des Parlaments notwendig sein. Darüber hinaus muss schnellstmöglich ein Kompromiss im Namensstreit mit Griechenland gefunden werden. Denn der Beschluss zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen wird im EU-Ministerrat einstimmig gefällt.

In diesem Zusammenhang gibt die kürzlich in Genf, Skopje und Athen stattgefundene Verhandlungsrunde unter Leitung des UN-Vermittlers Nimetz Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Die Reaktionen in der mazedonischen und griechischen Hauptstadt auf den modifizierten Vorschlag von Nimetz zum Gebrauch von „Republik Nordmazedo-

nien“ mit weiteren Bestimmungen zur adjektivischen Verwendung des Namens („nordmazedonisch“? „makedonski“?) und der Benennung der Sprache waren verhalten positiv. Auch die Einbeziehung des albanischen Koalitionspartners in die Besprechungen der Verhandlungsstrategie Skopjes ist ein erfreuliches Zeichen. Doch will Gruevskis Regierung an der Abhaltung eines Volksentscheids über den ausgehandelten Kompromiss festhalten. Nach Einschätzungen westlicher Beobachter wird dies eine endgültige Lösung des Konflikts erschweren, wenn nicht – berücksichtigt man die gegenwärtige, durch die „Antikisierungspolitik“ aufgeheizte Stimmung in der Bevölkerung – sogar unmöglich machen.

Der äußerst positive Impuls durch die für 2010 geplante Abschaffung der Visumpflicht sollte jetzt von Skopje genutzt werden, die ausstehende Reformen zu beschleunigen und konstruktiv in Sachen Namensstreit weiter zu verhandeln. Und Griechenland sollte die neu geschürten Hoffnungen der Mazedonier auf ihre Zugehörigkeit zur europäischen Familie nicht durch weitere Forderungen zunichte machen.

<sup>1</sup> Zitiert nach Macedonian Information Agency (MIA), 11.7.09.

<sup>2</sup> Premier Gruevski zitiert nach MIA, 14.7.09.